

Der Vorsitzende berichtet über die Entwicklung der kirchlichen Lage seit der Sportpalastkundgebung der D. Chr. am 13. Nov. d. Js. Er verliest die dort unter grossem Beifall angenommene Entschliessung Krauses, die dessen Entlassung aus allen Ämtern zur Folge hatte. Ferner machte er Mitteilung von der Tagung der D. Chr. in Weimar und der dort gefassten Entschliessung, die besonders in Süddeutschland grosse Erregung hervorgerufen habe. Das Kirchenministerium sei inzwischen zurückgetreten, die neue Zusammensetzung des Ministeriums lasse erhoffen, dass die Bekenntnisgrundlage gewahrt bleibe. Auf der Synodalferrerkonferenz in Bonn habe man sich mit den schweren Anwürfen Krauses gegen die Person des Reichsbischofs befasst und ein Telegramm an den Reichsbischof gerichtet, bis zur gerichtlichen Klärung der Angelegenheit von der geplanten Einführung Abstand zu nehmen. - Zum Schluss seiner Ausführungen stellte er fest, dass in der Bonner Gemeinde ein Standpunkt, wie ihn Krause vertreten habe, nie zum Ausdruck gekommen sei. Er hoffe, dass die Krise der Gemeinde und der Kirche zum Segen gereichen werde.

Es wird die Besprechung des Antrags Pfennigsdorfs mit der Aussprache über die kirchliche Lage verbunden.

Dr. Grasshoff: Die Glaubensbewegung D. Chr. in Bonn braucht ihren Standpunkt nicht zu ändern; sie stehe nach wie vor auf der Grundlage des Bekenntnisses und der Hl. Schrift Alten und Neuen Testaments. Er bittet, die umlaufenden Gerüchte nicht unnötig weiterzutragen, da nicht alles den Tatsachen entspreche.

Prof. Pfennigsdorf: Es hat wenig Wert, auf die gegenwärtigen Streitfragen einzugehen. Er schlage eine Entschliessung vor, nach Art der der Kreissynode Simmern, um die Gemeinde zu beruhigen und dem inneren Aufbau und dem Frieden zu dienen. Gerade die Kirche habe dem erwachenden Deutschland einen Dienst zu erweisen; in dem Sieg der nationalen Revolution sehen die D. Chr. eine Gottesgabe.

Herr Gütgesam: Er sehe es nicht gern, wenn auf parteiliche Dinge eingegangen werde; im Presbyterium sollen Gruppen nicht in Erscheinung treten, das Presbyterium habe der ganzen Gemeinde zu dienen.

Pf. Hillert: spricht sich für die Entschliessung aus; er schlägt folgende Abänderung vor: statt "die Mitglieder des Kirchenregiments, die anwesend waren" soll es heissen: "die für die Veranstaltung mitverantwortlich sind". - Er begrüsst den Antrag, im Presbyterium über innere Angelegenheiten zu sprechen. Im Presbyterium muss Klarheit über die Grundfragen herrschen, sonst könne es die Gemeinde nicht recht regieren.

Pf. Frick berichtet nach dem Blatte "Deutsche Volkskirche" über die Vorwürfe Krauses gegenüber der Person des Reichsbischofs. Er hält es für unbedingt notwendig, Aufklärung darüber zu verlangen, ob die Dinge, die Krause der Kirchenleitung und dem Reichsbischof vorwirft, für zutreffend zu erachten sind. Er setzt sich ein für eine Anfrage des Presbyteriums bei der obersten Kirchenleitung etwa folgenden Inhalts: Aufs tiefste beunruhigt durch die Nachrichten in der "Deutschen Volkskirche" bitten wir um Aufklärung über die erhobenen Vorwürfe und über die finanzielle Lage der Kirche?

Prof. Barth: Er könne sich wohl einer Erklärung anschliessen, die die Materialien betreffe, wie sie Frick verlesen habe; nicht aber einer Erklärung theologischen Inhaltes, die sich an die Gemeinde richte und doch keine Klärung herbeiführe. - Eine Bezugnahme auf die Sportpalastkundgebung sei nicht angebracht, diese Kundgebung sei nicht so wichtig zu nehmen. Es sei dort symptomatisch etwas zum Vorschein gekommen, was für den Kenner der Lage nichts Neues sei. - Wenn Prof. Pfennigsdorf eben gesagt habe, die Deutschen Christen bekennen sich zu Bibel und Bekenntnis, so könne er das ihm nicht glauben. Nach den Richtlinien gibt es für die D. C. zwei Offenbarungen: die hl. Schrift und die Geschichte. Diese zweite Gottesoffenbarung ist von den D. C. eingeführt worden; die Stimme der Geschichte und des Blutes steht für sie im Vordergrund. - Wir meinen nicht dasselbe, wenn wir sagen: wir stehen auf dem Boden des Bekenntnisses; mit scheinbarer Einigkeit ist nicht gedient. Er schliesse sich keiner Entschliessung an, die Dogmatisches oder Theologisches enthalte.

Prof. Pfennigsdorf: Es steht nichts Dogmatisches in der Erklärung.

Prof. Barth: Ich will nicht ~~MITT~~ mit Ihnen zusammen gegen die Sportpalastkundgebung protestieren.

Prof. Pfennigsdorf: Durch eine Erklärung des Presbyteriums wird dem Frieden innerhalb der Gemeinde gedient.

Vorsitzender: Ich suche eine Linie, auf der wir uns einigen können. Die Bonner D. C. sind innerlich nicht von uns getrennt. Wir dürfen die Bonner nicht festlegen auf das, was über die D. Ch. überall in den Blättern gesagt wird.

Pf. Frick: Bitte nur keine Vernebelung! Wir wollen Fragen stellen; wir wollen Antwort haben. Die Gemeinde brennt auf Nachsichten, die Gemeinde will Antwort haben. Von den Nachrichten in der Zeitung kann sich die Gemeinde kein richtiges Bild machen.

P. Wilkesmann: Es muss der Gemeinde gesagt werden, was heisst: Bibel und Bekenntnis. Über die Grundlagen muss Aufklärung geschaffen werden.

Prof. Pfennigsdorf warnt vor der Bezugnahme auf die erhobenen Vorwürfe, die wir damit als wahr unterstellen. Die Sicherheit dieser Nachrichten sei doch sehr zweifelhaft.

Kirchenmeister Tegtmeier hält Kundgebungen irgend welcher Art nicht für angebracht; man solle sich hüten, die Sache aufzurühren; vor allen Dingen nicht auf Einzelheiten eingehen.

Pf. Hillert: Fragen müssen wir stellen; damit sagen wir nicht Ja zu den Tatsachen. Es handelt sich um innerkirchliche Angelegenheiten, für die wir mitverantwortlich sind. - Wenn Prof. Pfennigsdorf in dem Geschehen der Zeit eine Gottesgabe erblicke, so müsse er feststellen, dass zwischen den D. C. am Ort und den D. C. im Schrifttum ein Unterschied bestehe.

Pf. Haun stellt fest, dass es sich handle 1. um eine Erklärung an die Gemeinde und 2. um Fragen an den Reichsbischof.

Pf. Frick: Aus der Verantwortung für die ganze Kirche müssen wir zu einer Erklärung kommen; wir dürfen einer Stellungnahme nicht aus dem Wege gehen, auch wenn die Gemeinde dadurch beunruhigt werden sollte; die Gemeinde befindet sich in Unruhe.

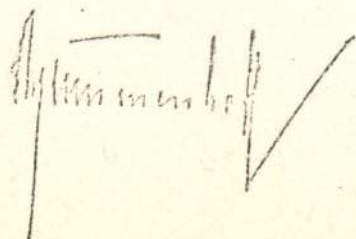
Pf. Gützlaff: Er warnt zunächst, von einer Reichsgemeinde zu sprechen -- Die Fragen an den Reichsbischof sollen nicht zur Kenntnis der Gemeinde kommen. -- Er bitte, die D. C. nicht alle in einen Topf zu werfen. Wir vertreten nicht den Standpunkt der Doppelten Gottesoffenbarung; im Zeitgeschehen sehen wir eine Gottesgabe. Die Glaubensbewegung hier am Ort ist nicht verantwortlich zu machen für das, was über die D. C. sonst geschrieben wird. Er erklärt: Wir stehen auf dem Boden von Evangelium und Bekenntnis und weichen nicht davon ab. -- Die Ereignisse in Berlin lehren, dass es auf die praktische Arbeit in der Gemeinde ankommt; und die sei schwer.

Dir. Wiesel hält es für verfrüht, mit Fragen an die Öffentlichkeit zu treten, der Erklärung stimme er zu.

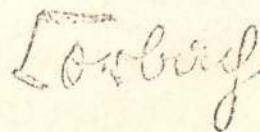
Pf. Frick: Es geht hier nicht um die Beruhigung, es geht nicht um den Frieden, sondern ganz allein um die Wahrheit. Die Fragen sollen in Form eines Briefes des Vorsitzenden nach Berlin gerichtet werden. Es handle sich nur darum, zu erfahren, ob zu diesen Behauptungen Krauses Stellung genommen wird.

Prof. Barth: Er bezieht sich auf die Erklärung von Pf. Gützlaff, dass er (Gützlaff) nicht auf dem Boden einer doppelten Gottesoffenbarung stünde. -- Er (Barth) habe angenommen, dass es sich bei den D. C. um eine klare, geschlossene Sache handle. Worauf er sich bei seinen vorigen Ausführungen bezogen habe, das stehe in den Richtlinien und in den Wahlflugblättern. "Ich habe Sie auf diese Dokumente hin angesprochen. Unsere Einigkeit besteht darin, dass Sie (zu Gützlaff) bald nicht mehr Deutscher Christ sind und dass die Glaubensbewegung sich bald in ihre Elemente auflöse." Seine vorherigen Bemerkungen bitte er nicht persönlich, sondern sachlich zu verstehen. -----

Nach einigen Zwischenbemerkungen erfolgen die Abstimmungen:
1. Die Entschliessung der Kreisgemeinde Simmern wird mit den vorgeschlagenen Abänderungen ohne den letzten Passus mit allen gegen die Stimme von Prof. Barth angenommen.
2. Die Anfrage nach Berlin, ob zu den Anwürfen Krauses amtlich Stellung genommen wird, wird mit 9 : 4 Stimmen beschlossen.



Hermann Hübner, Kreis-pres.



Corbach
(Stellvertreter)